

Claudia Pinl

WARTHE IM WESTERWALD

Erinnerungskultur an westdeutschen Autobahn-Parkplätzen

Raststätten und Parkplätze an Bundesautobahnen tragen meist die Namen benachbarter Orte, heißen nach örtlichen Flurbezeichnungen oder Landschaften: „Sessenhausen“, „Urbacher Wald“, „Zum grünen Winkel“ oder „Hunsrück“. Eine Autobahnraststätte mitten im Westerwald, an der Ostseite der A 3 Frankfurt-Köln, zwischen den Ausfahrten Ransbach-Baumbach und Dernbach, trägt dagegen, bereits fünf Kilometer vorher gut ausgeschildert, den Namen „Landsberg an der Warthe“. Ein Fluss namens Warthe existiert hier nicht; die Stadt Landsberg liegt am Lech an der Autobahn A 96 Memmingen-München. Die Warthe (Warta) fließt im westlichen Polen und mündet bei Kostrzyn (Küstrin) in die Oder. Landsberg an der Warthe (heute Gorzów Wielkopolski), am nördlichen Rand des Warthebruchs, ist eine Industriestadt von etwa 125.000 Einwohnern im ehemaligen Ostbrandenburg rund 50 Kilometer jenseits der deutsch-polnischen Grenze und etwa 110 Kilometer östlich von Berlin. Wie also kommt die Bezeichnung „Landsberg an der Warthe“ in den Westerwald?

Westdeutsche Erinnerungskultur an die Vertreibungsgebiete

Der Verdacht liegt nahe, dass es sich bei dieser Bezeichnung um ein Stück westdeutscher Erinnerungskultur an die ehemals deutschen Ostgebiete jenseits von Oder und Neisse handelt. Während die DDR die Oder-Neiße-Linie als deutsche Ostgrenze völkerrechtlich anerkannte, war diese Frage in der Bundesrepublik in den fünfziger und sechziger Jahren ein politisches Dauerthema. Die offizielle Bonner Politik lautete: Keine gewaltsamen Veränderungen von Grenzen in Europa; aber die endgültigen Grenzen Deutschlands festzulegen, bleibe einem Friedensvertrag vorbehalten.

Die Erinnerung an das Sudetenland, an Ostpreußen, Westpreußen, Schlesien, Pommern und das östliche Brandenburg mit dem Warthebruch als deutsche Landschaften wurde in den Anfängen der Bundesrepublik systematisch und auch von Staats wegen gepflegt. Die Wunden, die die massenhafte Vertreibung Deutschstämmiger aus den auf der Potsdamer Konferenz 1945 Polen, der Tschechoslowakei und der Sowjetunion zugesprochenen Gebieten geschlagen hatte, waren noch frisch, die Integration der Vertriebenen nicht abgeschlossen. Die millionenfache Mitgliedschaft im Bund der Vertriebenen mit seinen angeschlossenen Landsmannschaften war ein starker innenpolitischer Faktor, der zeitweilig mit dem BHE („Bund der Heimatvertriebenen und

Entrechteten“) auch eine eigene Partei stellte. Zahlreiche westdeutsche Städte übernahmen in den 1950er Jahren so genannte „Patenschaften“ für ehemals deutsche Städte im Osten und benannten Straßen und Plätze nach den „Patenkindern“. So wurde etwa 1958 auf Ratsbeschluss die Gegend hinter dem Kölner Hauptbahnhof in „Breslauer Platz“ umbenannt, weil Köln sich zur Patenstadt für Breslau (Wrocław) erklärt hatte.

Wie genau und wann kam es zu der Benennung „Landsberg an der Warthe“ an der A 3? Diese Frage richtete ich 2004 an die zuständige Autobahnmeisterei Heiligenroth und bekam zur Antwort: „Bis zum Jahr 1964 war die Bezeichnung der Rastanlage ‚Kutscheider Hof‘. Der Name ‚Landsberg an der Warthe‘ taucht in unseren Unterlagen erstmals in 1966 auf. Warum es allerdings zu der Namensänderung kam, konnte ich leider nicht ermitteln.“¹

Nach Art. 90 GG verwalten die Länder im Auftrag des Bundes Autobahnen und Fernstraßen. Die Beschilderung von Ausfahrten, Raststätten und Parkplätzen an den Autobahnen ist Ergebnis eines Zusammenspiels zwischen Bundesverkehrsministerium, Landesbehörden und Kommunen. Wenn beispielsweise in Nordrhein-Westfalen neu angelegte Autobahnausfahrten oder Rastplätze benannt werden sollen, erbittet der zuständige Landesbetrieb Straßenbau die Verwaltungsspitzen der umliegenden Kommune und Kreise um Vorschläge. Meistens einigt man sich schnell und der Landesbetrieb reicht den Vorschlag weiter an das Bundesverkehrsministerium. Dieses vergibt offiziell den Namen und reicht den Vorgang zurück an die Landesbehörden, welche dann die Aufstellung der Schilder veranlassen.²

In Sachen „Landsberg an der Warthe“ wusste auch die nächst höhere Instanz, das Autobahnamt Montabaur, nichts Konkretes. Offenbar solle mit der Namensgebung an die ehemals deutschen Gebiete jenseits von Oder und Neiße erinnert werden, so Rudolf Rosenberger, stellvertretender Leiter des Autobahnamts; der damalige Bundesverkehrsminister Seeborn habe sich sehr für die Vertriebenen eingesetzt: „Aber das sind alles nur Vermutungen“. Er und sein Kollege von der Autobahnmeisterei hätten auch bereits beim Landesbetrieb Straßen und Verkehr in Koblenz nachgefragt, aber: „Mehr wissen die auch nicht.“³ Eine Anfrage beim Bundesverkehrsministerium in Berlin zeitigte ähnlich vage Ergebnisse, „da die Akten für die Umbenennung nicht mehr vorliegen“.⁴

Offenbar sind Unterlagen über die genauen Umstände der Benennung nur noch in Archiven zu finden. Eine Anfrage beim rheinland-pfälzischen Landeshauptarchiv in Koblenz verlief jedoch negativ: „Die hier liegenden Ak-

1 Schreiben der Autobahnmeisterei Heiligenroth vom 15.07.2004.

2 Telef. Auskunft des Landesbetriebs Straßenbau NRW (Bernhard Meier) am 03.02.2005.

3 Telef. Auskunft durch Rudolf Rosenberger, Autobahnamt Montabaur, 09.08.2004.

4 Schreiben Pressereferat BMVBW vom 25.01.2005.

ten der zuständigen Ministerien und der Straßenneubauämter geben keinen Hinweis auf die schon sehr interessanten Umbenennungen“⁵. Ich erhielt den Ratschlag, mich an das Archiv der „Rheinzeitung“ als regionalem Presseorgan zu wenden, bei den Vertriebenenverbänden nachzufragen und auch bei der Gemeinde Sessenhausen, „die wohl Namensgeber des Kutscheider Hofes ist“.

Inzwischen hatte die Durchsicht des von der Bundesanstalt für Straßenwesen herausgegebenen „Autobahnverzeichnisses“ ergeben, dass „Landsberg an der Warthe“ nicht der einzige ostdeutsche Name an westdeutschen Autobahnen ist: „Königsberg“ heißt ein Parkplatz oder vielmehr „Rastplatz“ (so die offizielle Autobahnterminologie) an der A 44 zwischen der Ausfahrt Aachen-Lichtenbusch und dem Kreuz Aachen; „Kolberg“ (Pommern) heißt ein Parkplatz an der A 2 zwischen Kamener Kreuz und Ausfahrt Bönen; ebenfalls an der A 2 zwischen Hamm-Uentrop und Beckum liegt „Stettin“; zwischen Essen-Gladbeck und Gelsenkirchen-Buer „Allenstein“ („Rastplatz mit WC“). An der A 3 zwischen den Ausfahrten Köln-Mülheim und Leverkusen haben wir den Parkplatz „Tilsit“ (und zwar, da auf beiden Seiten der Autobahn angelegt, jeweils „Tilsit-Ost“ und „Tilsit-West“); schließlich „Preußisch-Eylau“ an der A 27 zwischen Dreieck Walsrode und Kreuz Bremen.

Allein fünf der insgesamt sieben „Fälle“ liegen also auf nordrhein-westfälischem Gebiet. Eine Anfrage beim Hauptstaatsarchiv NRW in Düsseldorf verlief dennoch negativ. Wobei eine Verwaltungsreform der Grund für dieses Ergebnis sein mag: Bis 2001 oblag die Straßenbauverwaltung in Nordrhein-Westfalen den Landschaftsverbänden, einem verwaltungstechnischen Überbleibsel aus preußischer Zeit mit jeweils eigenen Archiven.

„Schönster Autobahnparkplatz in ganz Deutschland“

Da ich im Zuge der Recherche immer wieder auf die Mutmaßung stieß, die Benennung insbesondere von „Landsberg an der Warthe“ gehe auf die Ansiedlung von Vertriebenen aus dem Warthebruch in diesem Teil des Westerwalds zurück, wandte ich mich Ende Februar 2005 an die Verbandsgemeinde Selters im Westerwald, zu der die Gemarkung Sessenhausen mit dem Kutscheider Hof gehört. Der Leiter des Bürgerbüros der Verbandsgemeinde brachte mich auf die Spur von Ida Brüse, die 38 Jahre am Rastplatz „Landsberg an der Warthe“ einen Kiosk betrieb. Sie ist eine Tochter des Bauern, der Mitte der 1950er Jahre Land abtrat, weil die Autobahnverwaltung einen Parkplatz mit WC anlegen wollte. Der Parkplatz erhielt den Namen „Kutscheider Hof“ nach dem bäuerlichen Anwesen. Als einige Jahre später die „Gesell-

5 Landeshauptarchiv Koblenz, Schreiben vom 22.03.2005.

schaft für Nebenbetriebe der Bundesautobahnen“ auf dem Rastplatz einen Kiosk errichtete, erhielt Ida Brüse den Pachtvertrag für diese Mini-Gastronomie: „Es war der schönste Autobahnparkplatz in ganz Deutschland“, begeistert sich Frau Brüse noch heute. Autobahnparkplätze waren damals rar, Parkplätze mit Kiosk noch seltener. 1965 erhielt die Pächterin Besuch eines Mitarbeiters der Autobahnmeisterei, der ihr verkündete, der Parkplatz werde umbenannt in „Landsberg an der Warthe“. „Wir dachten erst an einen Karnevalsscherz“, so Ida Brüses überraschte Reaktion. Aber: „Überall wurden damals Parkplätze umbenannt, zur Erinnerung an die alten deutschen Ostgebiete“. Die Pächterin und ihre Familie dachten zwar, wenn der Rastplatz schon neu benannt werden sollte, so sei der richtige Name „Raststätte Westerwald“. 1966 aber war es dann so weit – auf Höhe des Parkplatzes wurde das neue Namensschild aufgestellt: „Rastplatz Landsberg an der Warthe“.

Dem Kioskbetrieb hat es nicht geschadet. Ida Brüse: „Irgendwo war ja immer ein Vertriebenen-Treffen. Die Leute kamen bei uns vorbei, haben sich nach dem Namen erkundigt.“ Irgendwann brachte jemand Fotografien der Stadt Landsberg, die fortan im Kiosk ausgehängt wurden.⁶ Was aber war genau im Bundes- und Landesverkehrsministerium abgelaufen, bevor die zuständige Autobahnmeisterei Ida Brüse die Umbenennung ihres Arbeitsplatzes verkünden konnte?

Der Bundesverkehrsminister ersucht ...

Eine erste Kontaktaufnahme mit dem Koblenzer Bundesarchiv Anfang März 2005 verlief negativ: Die Datenbank-Recherche durch die Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen des Archivs zur Frage der Umbenennung von Autobahn-Rastplätzen in den sechziger Jahren blieb ohne Ergebnis. Mitte Juni erhielt ich eine E-Mail des zuständigen Sachbearbeiters: „Jetzt hat sich aktuell an unvermuteter Stelle in der Überlieferung des Bundesministeriums für Verkehr ein Aktenband angefounden, der genau den Sie interessierenden Gegenstand zum Thema hat.“⁷

Die Akte mit der Signatur B 108/67.798 barg des Rätsels Lösung. Demnach „ersuchte“ der damalige Bundesverkehrsminister Hans-Christoph Seebohm mit Schreiben vom 22.09.1964 „die obersten Straßenbaubehörden der Länder [...], in jedem Bundesland zunächst drei Rastplätze nach ostdeutschen Städten zu benennen, wobei die Städtenamen im Benehmen mit dem jeweiligen Landesverband des Bundes der Vertriebenen auszuwählen wä-

6 Telefonat mit Ida Brüse am 19.02.2005.

7 E-Mail des Bundesarchivs an die Verfasserin vom 14.06.2005.

ren.“⁸ Dr. Ing. Hans-Christoph Seeböhm wurde 1949 der erste Verkehrsminister der jungen Bundesrepublik und blieb bis Ende 1966 im Amt. Nicht nur nebenbei war er Vorsitzender der Sudetendeutschen Landsmannschaft und als solcher im Präsidium des Bundes der Vertriebenen. Seine Auftritte vor Vertriebenen-Verbänden waren im Bonner Auswärtigen Amt und im Bundeskanzleramt gefürchtet: Die Tschechoslowakei, Polen und die Sowjetunion sollten sich ja nicht der Hoffnung hingeben, dass die Deutschen das Land hinter Oder und Neiße abgeschrieben hätten – so die oft wiederholte Kernthese aus Seeböhms Sonntagsreden.

Gut ein Jahr nach dem ersten Schreiben an die Landesstraßenbaubehörden hakte der Minister nach und bat mit Schreiben vom 25.11.1965 die Auftragsverwaltungen der Länder, „über das [...] Veranlaßte zu berichten“. Nicht alle Bundesländer waren begeistert. Das Innenministerium Baden-Württembergs befürchtete in einem Schreiben aus dem Jahr 1966 durch neue Schilder auf den Bundesautobahnen „Sichtbehinderung“. Das Landesamt für Straßenbau Schleswig-Holstein gab 1965 zu bedenken, dass man Neubenennungen nicht vornehmen könne, weil man auch bisher Wünsche nach Namensgebungen immer abgelehnt habe. Viele Parkplätze seien auch zu klein. Man vertröstete den Bundesminister auf eventuell andere Regelungen in Zukunft.

Das Ministerium für Wirtschaft und Verkehr des Landes Rheinland-Pfalz meldete in einem Fall Vollzug: Dem Bundesminister wurde in einem Schreiben vom 21.12.1965 mitgeteilt, der „Rastplatz Kutscheider Hof“ an der Bundesautobahn Frankfurt-Köln werde nach der Stadt Landsberg an der Warthe umbenannt. Wesentlich eifriger waren die nordrhein-westfälischen Behörden: Das Landesverkehrsministerium NRW reagierte umfassend und schnell. Im Lauf des Jahres 1965 wurde aus dem Rastplatz „Mutzbach“ zwischen Köln und Leverkusen der Rastplatz „Tilsit“; der Rastplatz „Ginster“ in der Nähe von Aachen wurde „Königsberg“; die Parkplätze „Brunsbach“ und „Im Letterbruch“ an der heutigen A2 wurden in „Stettin“ bzw. „Kolberg“ umbenannt; schließlich wurde ein Parkplatz zwischen den Autobahn-Ausfahrten Essen-Gladbeck und Gelsenkirchen-Buer nach der ostpreußischen Stadt „Allenstein“ benannt. Zur Bekräftigung legte der Landesminister seinem Bundeskollegen im Schreiben vom 21.9.1965 Musterzeichnungen für die neuen Rastplatz-Schilder bei und eine Kopie des Verwaltungsakts, der die Landschaftsverbände aufforderte, die neuen Schilder aufzustellen.⁹

8 Hier zitiert nach dem Entwurf eines Seeböhm-Schreibens an die Bundesgeschäftsstelle der Landsmannschaft Schlesien von November 1965. – Wie aus anderen Unterlagen im Aktenband B 108/67.798 hervorgeht, trug das Originalschreiben Seeböhms vom 22. 9. 1964 an die Landesbehörden das Aktenzeichen StB4/StVZ-Bs-6017 V. 64

9 Alle Schreiben zitiert nach Unterlagen aus dem Aktenband B108/67.798 des Bundesarchivs Koblenz.

Nicht alle waren begeistert

Positives Echo auf die Umbenennungen kam aus Kreisen der Vertriebenen-Verbände. Doch schien einigen die Neubeschilderung auf den Bundesautobahnen nicht ausreichend. So beschwerten sich 1965 Vertriebenen-Funktionäre, dass der Freistaat Bayern bei der Parkplatz-Benennung lediglich Orte in Schlesien berücksichtigt habe. Aber auch kritische Briefe erreichten das Bundesverkehrsministerium. So wunderte sich in einem Schreiben vom 14.08.1968 ein Pädagogik-Professor der Universität Mainz über das Schild „Landsberg an der Warthe“ und bat: „Informieren Sie mich, was damit gemeint ist. Oder liegt hier eine Verwechslung vor?“

Im Bundesverkehrsministerium hatte man offenbar weitere Umbenennungen geplant, wie aus einem Aktenvermerk von 1967 hervorgeht. Demnach gab es „Anregungen [...], in Zukunft von den Auftragsverwaltungen auch Vorschläge über Orte in Vertreibungsgebieten außerhalb der Grenzen von 1937 einzuholen. Sie wurden jedoch nicht weiter verfolgt.“¹⁰ Inzwischen hatte sich nämlich der politische Wind in der Bundesrepublik gedreht. Seehofer musste mit Amtsantritt der großen Koalition im Dezember 1966 nach 17 Jahren sein Amt an den Sozialdemokraten Georg Leber abgeben. Der Außenminister der neuen Regierung hieß Willy Brandt und leitete seine auf Ausgleich und Versöhnung setzende Ostpolitik ein.

Mit Schreiben vom 13.10.1967 wurde den obersten Straßenbaubehörden der Länder mitgeteilt, dass weitere Umbenennungen auf Bundesautobahnen nach ehemals deutschen Städten jenseits der Oder-Neiße-Linie nicht mehr vorgenommen würden. Nicht alle Landesbehörden nahmen das zur Kenntnis, wie ein vom Minister für Wohnungsbau und öffentliche Angelegenheiten des Landes Nordrhein-Westfalen unterstützter und mit Schreiben vom 15.5.1970 an den Bund weitergeleiteter Vorschlag des „Landesbeirats für Vertriebene und Flüchtlingsfragen beim Sozialministerium des Landes NRW“ deutlich macht, weitere Rastplätze an den Bundesautobahnen nach in Ostpreußen und Pommern gelegenen Städten zu benennen. Der Bundesverkehrsminister antwortete am 01.07.1970 knapp: „... hatte ich gebeten, davon abzusehen, weitere Rastplätze mit Namen ostdeutscher Städte zu benennen ...“¹¹ Allerdings wurden die Benennungen, anscheinend außer in Bayern, auch nicht rückgängig gemacht.¹²

10 Ebd.

11 Vorgeschlagen wurden u. a. die Namen Gumbinnen, Elbing, Schneidemühl, Swinemünde, Köslin, Stolp.

12 Nach den Unterlagen im Bundesarchiv gab es auf der Autobahn München – Hof Parkplätze mit den Namen „Breslau“, „Liegnitz“ und „Oppeln“. Diese kommen allerdings im „Autobahnverzeichnis 2004“ der Bundesanstalt für Straßenwesen nicht (mehr) vor.

„Landsberg an der Warthe“ – Reaktionen heute

Den meisten deutschen Reisenden sagen die Namen „Königsberg“, „Allenstein“ oder „Landsberg an der Warthe“, wenn sie ihnen heute auf einer westdeutschen Autobahn begegnen, wenig. Noch weniger Menschen bringen diese Namen mit der in den fünfziger und sechziger Jahren in der Bundesrepublik gepflegten Erinnerungskultur in Verbindung. Es gibt aber Ausnahmen, wie jene Frau Anfang 70, die als Kind im Warthebruch aufwuchs und auf Fahrten entlang der A 3 immer an der Raststätte „Landsberg an der Warthe“ einkehrt: „Zwanzig Kilometer von Landsberg haben meine Großeltern gewohnt. Da bin ich groß geworden. Das erinnert mich so. Deshalb bin ich hier immer auf dem Parkplatz.“¹³

In Polen wurde unter kommunistischem Regime jahrzehntelang das Gespenst des westdeutschen Revanchismus beschworen. Auch heute, sechzehn Jahre nach der Wende und fünfzehn Jahre nach der endgültigen Anerkennung der Oder-Neiße-Grenze durch Deutschland in den „Zwei-plus-Vier-Verträgen“ wird die Politik des Bundes der Vertriebenen in Polen kritisch beobachtet. Immer wieder kommt es im deutsch-polnischen Verhältnis zu atmosphärischen Störungen, festzumachen etwa an dem Ärger, den das von den Vertriebenen-Verbänden in Berlin geplante „Zentrum gegen Vertreibungen“ hervorruft. Was empfinden polnische Reisende, wenn sie mitten im Westerwald auf den Namen „Landsberg an der Warthe“ stoßen ?

An einem Samstag im Spätsommer sitzen Jan, Agnieszka, Krzysztof, Andrzej und Walery bei Kamila Paterek-Riedrich, der Vorsitzenden des „Freundeskreises Dierdorf-Krotoszyn“. Die Westerwaldgemeinde Dierdorf pflegt seit Jahren eine Städtepartnerschaft mit dem polnischen Krotoszyn im ehemaligen Warthebruch. Der Tierarzt, der Bauingenieur, der Holzhändler und die Schülerin aus Krotoszyn haben in Dierdorf am diesjährigen Stadtlauf teilgenommen und sind auf ihrer Fahrt dorthin auch an der Raststätte „Landsberg an der Warthe“ vorbei gekommen. Einigen fiel der Name „Warthe“ auf, weil der Fluss im Polnischen ähnlich heißt („Warta“). Allerdings gibt es in Polen auch ein Versicherungsunternehmen dieses Namens, so dass die erste Assoziation war, diese Versicherung sei vielleicht an der Raststätte beteiligt. Dass der Name ein Überbleibsel der in den Anfängen der Bundesrepublik gepflegten Erinnerungskultur an die ehemaligen Ostgebiete ist, bereitet den polnischen Gästen keine Probleme: Man solle derartige Namensgebungen nicht überbewerten, ist die einhellige Meinung in der Runde. Ältere dächten oft mit Wehmut an die Orte ihrer Jugend. Das gehe Menschen in Polen ähnlich; schließlich seien nicht nur Deutsche vertrieben worden. Auch Polen pfe-

13 Gespräch mit der Verf. am 27.08.2005.

gen ihre Erinnerungen an die ehemaligen polnischen Ostgebiete mit Städten wie Lwów (Lemberg), aus denen die damaligen Bewohner nach dem Zweiten Weltkrieg zwangsweise ausgesiedelt wurden.

Vertreibungen als nicht nur deutsches Schicksal, sondern viele Menschen in Ostmitteleuropa betreffend, soll Thema des von Deutschland, Polen, Ungarn und der Slowakei 2004 gegründeten „Netzwerk Erinnerung und Solidarität“ sein. Vielleicht lassen sich die westdeutschen Autobahnrastplätze mit den ungewöhnlichen Namen in die Aufklärungsarbeit dieser Stiftung mit einbeziehen.